als ob dem Verfasser eines sozialpolitischen Artikels erlaubt sein dürfte."

Die scharfe Kritik, welche eine Reihe tonangebender Blätter der Freisinnigen Vereinigung an dem Gedichte und an seiner Veröffentlichung durch Naumann geübt haben, ist also völlig wirkungslos geblieben. Naumann verteidigt einen schlimmen Mißbrauch dichterischer Begabung als den Ausfluß deutschen Rechtsgefühls, er unterscheidet sich mithin in seinem Rechtsgefühl sehr wesentlich von denen, die ihm in demselben Parteiverbande nahestehen. Merkwürdig ist, daß Naumann den Namen des Dichters verschweigt, denn weil dieser Dichter nach Naumanns Ansicht etwas Billigens- und Rühmenswertes getan hat, dürfte Naumann eigentlich nicht dessen Licht unter den Scheffel stellen. Naumanns Schweigen aber fordert zum Ausdruck der Vermutung heraus, daß Herr F. A. Feddersen, ein Verfasser „Christlich-Sozialer Dichtungen", auch der Verfasser des fraglichen Gedichtes sei. Herr Feddersen nämlich hat vor einigen Jahren in einem nationalsozialen Blatte eine gereimte Aufwiegelung der Massen veröffentlicht, in der folgende Strophe vorkam:

„Wir sind ein ehrliches Geschlecht
Und kämpfen um ein ehrlich Recht.
Wir stehen draußen vor dem Saal,
Darin der Reichtum sitzt beim Mahl
Und lachend auf uns niederschaut,
Die diesen Saal ihm aufgebaut.
Den unsre Kraft gefügt alleis,
Wir wollen in den Saal hinein!
Wir wollen Anteil an dem Gut,
Dafür wir opfern Fleisch und Blut.
Wir sind ein ehrliches Geschlecht
Und fordern unser ehrlich Recht,
Und läßt man uns nicht willig ein,
Dann mag zerbersten Stein um Stein!"

Die vorstehende Poesie wurde im Januar 1897 veröffentlicht und erregte damals den größten Unwillen. Die Agitation mit solchen „poetischen" Mitteln hat den Nationalsozialen Parteikarren nicht vorwärts zu bringen vermocht und wird ihn auch jetzt nicht vorwärts bringen. Im übrigen meinen wir, daß das „ehrliche Geschlecht", wenn es seinen Namen verdienen wollte, gut daran täte, sich möglichst schnell in die sozialdemokratischen Reihen zu stellen, wohin es gehört.

### Der Kampf wider das Flaschenbier.

Den Kampf wider den Umsturz löst der Kampf wider das Flaschenbier ab. Drei preußische Minister, die Herren von Hammerstein, Studt und Möller, haben jetzt endlich entdeckt, an welchem Uebel der Volkskörper krankt, und flugs haben sie einen Dreibund gegen das Flaschenbier beschlossen. Viele Familienväter, die sich für ganz solide Leute hielten, wenn sie des Abends ein Fläschchen Lagerbier genehmigten, müssen jetzt mit schauderndem Rückblick gewahren, daß sie in Gefahr schwebten, mit Haut und Haar dem Dämon Alkohol zu verfallen. Eins nur ist bei der schrecklichen Affäre tröstlich: es muß doch ganz ausgezeichnet gut um Preußen bestellt sein, wenn der Flaschenbierhandel seinen Ministern schlaflose Nächte verursachte.

### Dank der Welfen.

Jetzt, da im Wahlkreise Osnabrück Herr v. Bar unterlegen ist, jetzt lüften die Welfen die Maske, und nehmen Herrn v. Bar für sich in Anspruch. Der Humor von der Sache ist eben, daß die Welfen die Unterstützung der Bündler geradezu für verhängnisvoll erklären — — das ist der Dank und Lohn der Welfen an die Bundesleitung! Welch wenig ehrliches Spiel letztere durch die Verschleierung des wahren Charakters der Kandidatur v. Bar spielte, gestand übrigens das hannoversche Welfenorgan am Abend vor der Wahl selbst zu; es schrieb: „Wir Deutsch-Hannoveraner sind gewohnt, mit offenem Visier und entrolltem Banner zu kämpfen und hoffen, daß die von der christlich-konservativen Partei in Osnabrück angewandte Taktik eine Ausnahme bleibt, die auf das Ergebnis der Wahl nicht ungünstig einwirkt!" — In dieser Annahme hat sich das Welfenblatt allerdings gründlich getäuscht; aber es hat auch durch seine Auslassungen unwiderlegbar festgestellt, daß die Kandidatur v. Bar — was von den Bündlern aufs heftigste bestritten wurde — als welfisch angesprochen werden muß.

### Die englische Verwaltung in Südafrika.

In der Verwaltung der ehemaligen Boeren-Republiken scheinen geradezu himmelschreiende Zustände zu herrschen. Dies zeigt sich insbesondere in der Art, wie die im Frieden von Vereeniging festgesetzten Beihilfen an die Boeren zum Wiederaufbau ihrer Farmen verwendet worden sind. Das südafrikanische Blatt „Tribune" schreibt unter dem Titel „Der Repatriations-Skandal":

„Die Kosten der Verteilung von 3 000 000 Lstr. an die Boeren erreichten 1 400 000 Lstr., d. h. für jedes Pfund, daß den Boeren gewährt wurde, mußte der Steuerzahler noch 10 Shill. für die Leistung zahlen, es ihm zu übergeben. Aber dies ist noch nicht das schlimmste, denn es ist festgestellt, daß in einzelnen Distrikten die Kosten der Verwaltung tatsächlich den verwalteten Geldbetrag überstiegen. In Barberton kostete sie 60 000 Lstr., um 54 000 Lstr. an die Boeren auszufolgen, in Lichtenburg wurden 126 000 Lstr. ausgegeben, um 105 000 Lstr. zu verteilen, in Pretoria haben die Beamten 317 000 Lstrl. verbraucht für die Mühe, 303 000 Lstrl. zu verteilen, während in Wolmaransstad 101 000 Lstrl. aufgingen für die Verteilung von 106 000 Lstrl. Aber noch mehr: wir finden, daß von 3 000 000 Lstrl. im ganzen nur 1½ Millionen Pfund Sterling zu Unterstützungen und Darlehen verwendet wurden, während eine Summe von 1½ Millionen Pfund Sterling für die Transporte verwendet wurden, die zu den Verwaltungsspesen hinzukommen. Die Gesamtrechnung stellt sich nun so:

| | |
|---|---|
| Unterstützungen | 1 000 000 Lstrl. |
| Darlehne | 500 000 „ |
| Für Transporte | 1 500 000 „ |
| Verwaltungskosten | 1 400 000 „ |

So erhielten die Boeren 1 Million in Waren, ½ Million geliehen, während 3 Millionen für Transporte und Verwaltung ausgegeben wurden. Die „Großmut" der britischen Regierung scheint sich hauptsächlich in der Großmut gegen ihre eigenen Beamten geoffenbart zu haben, bemerkt schließlich sehr zutreffend das englische Blatt. Das sind in der Tat ganz unglaubliche Vorkommnisse und die Vermutung liegt nahe, daß die Engländer mit Absicht auf diese Weise die Friedensbedingungen von Vereeniging „interpretiert" haben, um das Boerenelement dauernd in einem Zustand der Not und Entbehrung zu erhalten.

# Deutsches Reich.

* **Berlin**, 5. Februar.

* **Die deutschen Gewerkschaften 1903.** Wenn auch eine abschließende Zusammenstellung über die Stärke der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Jahre 1903 noch nicht vorliegt, so läßt sich doch aus den in den Generalversammlungen vorgelegten Abrechnungen ersehen, daß die deutschen Gewerkschaften auch im verflossenen Jahr stark zugenommen haben. So zählten die Holzarbeiter im 3. Quartal 82 617 Mitglieder gegen 72 814 im 3. Quartal 1902, das ist eine Zunahme von 10 803; die Zimmerer hatten um 5624 zugenommen; sie hatten im 3. Quartal 30 937 Mitglieder gegen 25 313; außerordentlich stark ist die Zunahme bei den Handels- und Transportarbeitern, die ja infolge des Streikes der Straßenbahner lange Zeit im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Bewegung standen; sie hatten jetzt 28 473 Mitglieder gegen 20 881. Die Gemeinde- und Staatsarbeiter, deren Bewegung zu ausgedehnten Debatten in zahlreichen Stadtverordnetenversammlungen geführt hat, verfügten im 3. Quartal über 9402 Mitglieder gegen 6449; das ist eine Zunahme von 2953. Auch eine starke Zunahme hatten die Maler aufzuweisen, ihre Organisation zählte 26 906 Mitglieder gegen 10 492 im 3. Quartal 1902, das ist eine Zunahme von 5414; die Buchbinder wuchsen von 10 182 auf 12 828, die Lithographen von 7808 auf 9894. Eine eigentümliche und doch leicht erklärliche Wahrnehmung ist es, daß die Gewerkschaften, deren Angehörige mit dem großen Publikum häufig in unmittelbare Berührung kommen, recht unbedeutend sind und trotz großer Anstrengungen nur langsam vorwärts kommen; so hatten die Kellner oder Gastwirtsgehilfen, wie die Gewerkschaften zu sagen pflegen, nur eine Zunahme von 501 Mitgliedern aufzuweisen; sie zählten jetzt 2507 gegen 2006 im 3. Quartal 1902, und die Fleischer konnten nur 490 Mitglieder gewinnen, ihre Anzahl stieg von 1478 auf 1974. Sicherlich haben die Gewerkschaften im verflossenen Jahre weit über 100 000 neue Mitglieder gewonnen. Bittere Tropfen sind freilich auch in den Freudenbecher gefallen; die Organisation der Fabrikarbeiter hat um 825 Mitglieder abgenommen, sie zählt jetzt 34 132 gegen 34 957; auch bei den Sattlern hat es gehapert. Die weiblichen Organisationen sind nach wie vor verschwindend gering; unendliche Mühe, ungezählte Summen sind aufgewandt, um die Frauen für die Organisationen zu gewinnen; einzelne haben auch einen Anlauf genommen, sind dann aber, wenn ein kleiner Sturm sich erhoben, wieder verschwunden.

* **Keine preußische Wahlrechtsreform.** Offiziös wird erklärt: Liberale Blätter geben sich bei den Angriffen gegen den Minister des Innern wegen seiner Erklärung über das preußische Wahlrecht den Anschein, als handele es sich dabei um eine persönliche Anschauung des Ministers des Innern, mit welcher diejenige des Staatsministeriums nicht übereinstimme. Diese Unterstellung ist aber völlig irreführend, weil sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht im mindesten entspricht. Es unterliegt vielmehr keinem Zweifel, daß die Königliche Staatsregierung in allen ihren Gliedern von der unbedingten Notwendigkeit durchdrungen ist, das preußische Wahlrecht, wenn es auch, wie alle Wahlgesetze, fern davon ist, als ideal gelten zu dürfen, im wesentlichen unverändert aufrecht zu erhalten, und daß, wenn Aenderungen an demselben vorzunehmen sind, diese in der Hauptsache nur zu dem Zwecke vorgenommen werden können, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich bei den Wahlen nach dem geltenden Rechte in Preußen jetzt ergeben haben. Was die tatsächliche Lage der Sache anlangt, so ist zunächst planmäßig in die Prüfung der Frage eingetreten, wodurch sich bei den letzten Wahlen die geltenden Bestimmungen als verbesserungsbedürftig erwiesen haben. Insbesondere ist diese Frage mit den Wahlkommissaren eingehend erörtert worden. Diese Erhebungen sind noch nicht ganz abgeschlossen; eine Provinz steht noch aus. Mit dem hieraus sich ergebenden Vorbehalt ist als Ergebnis dieser Erhebung zu registrieren, daß, abgesehen von den Mißständen, welche bei der Wahl der Abgeordneten in einzelnen übergroßen Wahlkreisen hervorgetreten sind, die geltenden Vorschriften sich im allgemeinen als durchaus zweckmäßig erwiesen haben. Dies gilt insbesondere von dem Wahlreglement von 1903. Auf Grund der Erfahrungen bei den letzten Wahlen wird sodann die Frage, wie der betreffende Gesetzentwurf zu gestalten ist, sorgfältig zu prüfen sein. Für die endgültige Beschlußfassung werden auch die Verhandlungen vom Wert sein, zu denen demnächst im Abgeordnetenhause der freikonservative Wahlantrag Gelegenheit geben wird. Aus diesen Verhandlungen wird sich insbesondere ersehen lassen, wie man in der Bevölkerung über die Frage denkt und wo man etwa die bestehenden Bestimmungen als verbesserungsbedürftig ansieht. Daß in der laufenden Tagung noch die Entscheidung fallen kann, erscheint hiernach allerdings so ziemlich ausgeschlossen; wohl aber dürfte es angängig sein, in den späteren Stadien der Session eine Wahlvorlage an den Landtag zu bringen und so durch die Erörterung über dieselbe die Verständigung zwischen den Faktoren der Gesetzgebung für die nächste Tagung in die Wege zu leiten.

* **Ueber „sozialpolitische Priorität"** schreibt die „Natlib. Korresp.": In den sozialpolitischen Debatten der letzten Zeit ist von Seiten des Zentrums wieder einmal die Priorität des Vorgehens auf sozialreformerischem Wege in Anspruch genommen. Auch wenn man voll und ganz zugibt, daß einzelne Angehörige des Zentrums, oder solche Personen, die ihm nahe gestanden, schon frühzeitig mit Vorschlägen hervorgetreten sind, die einen sozialreformatorischen Zweck verfolgten, so steht doch fest, daß die erste gesetzgeberische Anregung in diesem Sinne aus dem Schoße der nationalliberalen Partei erging. Es geschah im Jahre 1871. Freilich stand der damals von nationalliberaler Seite angeregte Entwurf eines Haftpflichtgesetzes, der den Eisenbahnen und den Fabrikunternehmern die Verpflichtung auferlegte, für die durch ihren Betrieb verursachten Tötungen und Körperverletzungen haftbar zu sein, in der Gesetzgebung der Zeit vereinzelt. Wenn seine Verabschiedung nicht die erhoffte Wirkung hatte, so waren hieran bis zu einem gewissen Grade die Gerichte und die Richter der damaligen Zeit schuld, die sich allzu engherzig anklammerten an den Buchstaben des Gesetzes und nicht dessen Geist zu entsprechen suchten. Dieser Mißstand führte dann zur Emanation der Unfallversicherungsgesetzgebung. Die Priorität des Vorgehens auf dem gedachten Gebiete gebührt aber unter allen Umständen der nationalliberalen Partei. Erst als die sozialdemokratische Bewegung so hoch ging, wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, trat das Zentrum mit Anregungen hervor, von denen auch heute nicht bestritten werden soll, daß sie dankenswert waren.

* **Verstaatlichung des preußischen Eichungswesens.** Der preußische Handelsminister Möller teilte der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses mit, die Staatsregierung beabsichtige, das gesamte Eichungswesen zu verstaatlichen, sodaß alle städtischen Eichämter aufgehoben würden.

* **Ein neues Kaiserwort.** Die „New Yorker Staatszeitung" teilt nachstehende Aussprüche des Kaisers mit, die nicht unwahrscheinlich klingen:

„Ich wünsche nicht, daß meine Offiziere mit Tinte und Feder spielen. Bei inaktiven Offizieren ist es vielleicht begreiflich, daß sie als ältere Herren ihrem jungen Kriegsherrn ratgebend zur Seite stehen wollen. Ich wünsche dies aber nicht. Ich will mir meine Ratgeber selbst aussuchen. Ich wünsche, daß der Luxus im Heere eingeschränkt wird. Der Preuße muß sparsam leben. Der Preuße hat das Beste geleistet, wenn er hungerte."

Wir wünschen den Preußen nicht, daß der letzte Satz das Leitmotiv ihrer Regierung werde.

* **Gegen die Revisionisten.** Der sozialdemokratische Wahlverein des fünften Berliner Wahlkreises nahm gestern fast einstimmig in einer stark besuchten Versammlung eine Resolution an, dahingehend, daß die Haltung der Fraktion bei der Kreditbewilligung anläßlich des Herero-Aufstandes nicht zu billigen sei; sie hätte die darauf bezüglichen Forderungen der Regierung einfach ablehnen müssen.

* **Professor** Dr. **Robert Koch** soll sich mit dem Plane tragen, seine Stellung in Berlin niederzulegen und zunächst in Afrika zu bleiben, wo sich die englische Regierung bemühe, ihn für die Durchführung der Schutzimpfung in den dortigen Viehherden zu gewinnen. Man bringt diesen angeblichen oder wirklichen Entschluß des Professors Koch auch mit privaten Verhältnissen in Zusammenhang.

* **Breslau**, 4. Februar. Eine durch die Abgeordneten Porsch, Baensch-Schmidtlein und v. Richthofen einberufene Versammlung der schlesischen Abgeordneten aller beim Hochwasserschutzgesetz von 1900 beteiligten Kreise beschloß einstimmig, der Abgeordnete Porsch solle bei der Beratung des Landwirtschaftsetats die Stellung aller gegenüber der vielbesprochenen Hochwassersteuer darlegen; daneben könne jeder Abgeordnete die Interessen seines Wahlkreises vertreten. Den „Gebirgsboten" zufolge hat der Landeshauptmann von Schlesien durch einen Erlaß die weitere Einhebung dieser Wassersteuer im Flußgebiet der Glatzer Neiße einstweilen eingestellt und verspricht die Rückzahlung der erhobenen Beträge nach Maßgabe der projektierten Abänderung der Lastenverteilung.

* **Karlsruhe**, 4. Februar. Als künftiger Finanzminister an Stelle des todkranken Dr. Buchenberger wird von der mit Parlamentariern Fühlung haltenden ultramontanen „Freien Stimme" Zolldirektor Seubert bezeichnet, ein Mann nach dem Herzen des Zentrums, der zu dessen größtem Schmerze schon einmal nicht Finanzminister geworden ist, als Dr. Buchenberger dem Minister Eisenlohr im Amte folgte. Seubert war damals bereits Ministerialdirektor im Finanzministerium und glaubte das Patent zum Portefeuille schon in der Tasche zu haben, als ihm der Ministerialrat aus dem Ministerium des Innern vorgezogen wurde.

* **Straßburg**, 4. Februar. Im Landesausschusse für Elsaß-Lothringen begann heute die erste Lesung des Etats. Der Abgeordnete Emmel machte dem Staatssekretär v. Köller den Vorwurf einer willkürlichen Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Durch eine ungleiche Behandlung der christlichen und der sozialdemokratischen Parteien sei das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert. Staatssekretär v. Köller wies den Vorwurf der Willkür zurück. Gewisse Gesetze gestatteten eine Latitude der Anwendung. Er müßte ein schlechter Staatsmann sein, wenn er nicht diese Latitude ausnütze im gesetzlichen Rahmen, so lange er wisse, daß die elsaß-lothringische eingeborene Bevölkerung von der sozialdemokratischen Bekämpfung von Ordnung, Thron und Altar nichts wissen wolle. Die Rede v. Köllers fand lebhafte Zustimmung.

# Ausland.

## Oesterreich-Ungarn.

**Aeußere Politik.** Wien, 4. Februar. Der ungarische Delegationsausschuß für äußere Angelegenheiten begann heute die Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern. Referent Max Falk bezeichnet als den erfreulichsten Teil des Exposés des Ministers des Aeußern die Mitteilungen über die Erneuerung des Dreibundes und weist darauf hin, daß das Exposé mit gleicher Wärme von den Beziehungen Ungarns zu Rußland spreche, womit bewiesen sei, was der Minister übrigens wiederholt versichert habe, daß der Dreibund nicht nur eine der Garantien des europäischen Friedens bilde, sondern auch der ungarischen Monarchie vielfach Vorteil biete, ohne ihre Aktionsfreiheit dort, wo spezielle Interessen in Frage kämen, irgendwie zu beschränken. Redner billigt sodann vollständig die im Vereine mit Rußland befolgte Orientpolitik, bemerkt aber, daß die Ausführung der vereinbarten Reformen nur langsam vorschreite und die Möglichkeit vorliege, daß die revolutionären Elemente, ohne den Abschluß dieser friedlichen Aktion abzuwarten, wieder zu den Waffen greifen. Redner fragt daher den Minister, ob auch für einen solchen Fall ein festes Abkommen mit Rußland bestehe und ob für alles nötige vorgesorgt sei, damit Ungarn von den zur Zeit der Schneeschmelze etwa eintretenden Ereignissen nicht überrascht werde. Er verlange natürlich keine bestimmte Antwort, sondern er werde vollkommen beruhigt sein, wenn der Minister in der Lage sei, zu erklären, daß für alle Möglichkeiten vorgesorgt sei und ein Vorgehen Ungarns mit Rußland, sowie die Zustimmung der Signatarmächte gesichert sei. Was die Betofrage betreffe, so habe die ungarische Delegation nach seiner Ansicht keinen Anlaß, sich auf eine Besprechung darüber einzulassen, da das Betorecht ausschließlich dem Kaiser von Oesterreich gebühre. Die ungarische Delegation könne sich darauf beschränken, ihre Befriedigung darüber auszudrücken, daß die Papstwahl in einer Weise erfolgt sei, welche einerseits die Gläubigen der katholischen Kirche vollkommen beruhigt habe, anderseits aber begründete Hoffnung dafür biete, daß das zwischen Ungarn und dem Päpstlichen Stuhle seit langer Zeit bestehende herzliche

---

meine Gnädigste", meinte der Baron, ehrlich genug, um so auch den in ihm aufkeimenden Argwohn zu unterdrücken.

„Sie haben recht, Baron. Das ist es!" sagte Frau Wally lebhaft zustimmend.

„Dann ist es gut, wenn Ihr Gatte Sie zukünftig nicht in seine Prozesse einweiht", warnte die Justizrätin mütterlich. „Nicht alle Prozesse werden gewonnen; das weiß ich aus Erfahrung. Mein seliger Mann war ein berühmter Verteidiger, stark über die Hälfte seiner Prozesse hat er trotzdem verloren."

„Ich werde wohl Werner einmal warnen müssen, meine Gnädigste", meinte der Baron mit der Zunge schnalzend.

„Tun Sie das um Gotteswillen nicht", rief Wally aus und faßte ihn erschrocken beim Arm. „Werner darf um Himmelswillen nicht erfahren, daß ich mich um den Ausgang seiner Prozesse so sorge. Das würde nur seinen Ehrgeiz krankhaft reizen."

„Das ist nichts!" sagte die Justizrätin lebhaft. „Ihr Mann muß alle Aufregung in seinem Beruf vermeiden. Zu viel Ehrgeiz ist ungesund."

Das Dienstmädchen meldete den Grafen an. Die Justizrätin erhob sich, auch der Baron sprang auf.

„Meinem Oheim möchte ich vorerst nicht begegnen."

„Also, dann auf Wiedersehen, meine Herrschaften", sagte Frau Wally und verabschiedete sich herzlich von der Justizrätin. „Herr Baron, Sie sind heute noch nicht erlöst, Ihre Partie . . ."

„Werner soll auf mich warten. Ich hole ihn ab. Also bis nachher, meine Gnädigste." Der Baron bot der Justizrätin seinen Arm an. „Darf ich bitten, Frau Rat?"

Die Justizrätin legte ihren Arm in den seinen:

„Sie wären ein ganz lieber Mensch, Baron, wenn Sie mir nur die gute Birch-Pfeiffer in Ruhe ließen . . ."

### Neuntes Kapitel.

Graf Trenberg war inzwischen von seiner Schwester dahin verständigt worden, daß die Familie seinem Vorschlag wohlwollend entgegenkommen und ihm einen Vergleich anbieten lassen werde, der ihn nach außen hin in keiner Weise bloßstelle. Das war der Grund, weshalb der Graf seinem Rechtsanwalt mitteilen ließ, daß er ihn sprechen wolle.

„Mein Mann wird jeden Augenblick zurückkehren", begrüßte Frau Wally den Grafen und geleitete ihn zu einem Sessel. „Sie haben wohl die Güte, inzwischen mit meiner Gesellschaft vorlieb zu nehmen."

Der Graf verbeugte sich dankend und ließ sich alsdann in den Sessel nieder; Wally nahm ihm gegenüber Platz.

„Wie geht es mit der Gesundheit, Herr Graf?" fragte sie ihn teilnehmend, da ihr sein schlechtes Aussehen auffiel.

„Es ist Spätherbst in meinen Knochen, gnädige Frau", antwortete er achselzuckend. „Bald fällt das Leichentuch vom Himmel, Mannah für meine hungerigen Verwandten. Dazu der Aerger. Die skandalösen Indiskretionen meines Gegners."

„Armer Mann!" flüsterte Wally leise und bedauernd.

„Habe schon an die Pistole gedacht. Hatte sie vor Jahren schon einmal am Schädel sitzen. Unsinn! sagte ich mir, so'n Selbstmord! Was ist das in einer Weltstadt: ein Braten in einer großen Garküche; ein Knall im Weltlärm."

„Entsetzlich!" flüsterte Wally, wie fröstelnd in sich zusammenschauernd.

„Werde meine Verwandten mit Geld füttern; und dann vielleicht . . ." Der Graf sprach nicht aus; nach einer kleinen Pause meinte er: Dr. Werner hat mir erzählt, daß mein Neffe, Baron von Briesen, mit ihm seit Jahren befreundet sei."

„Der Baron verkehrt viel in meiner Familie!"

„Er ist der Beste aus der ganzen Sippschaft, mich nicht ausgenommen; aber auch in ihm schlummert die Bestie. Warne Sie, gnädige Frau; meine ganze Familie hat das in brutaler Form, was man Herrennatur nennt."

„Sie täuschen sich, Herr Graf: der Baron sehnt sich nach einer Versöhnung mit Ihnen."

„Folge Ihrer Fürsprache, meine Gnädige."

„Und Sie, Herr Graf; sind Sie zu einer Verständigung mit Ihren Verwandten entschlossen?"

„Gewiß; da Sie es mir befohlen haben, meine Gnädigste", antwortete der Graf mit Nachdruck.

Wally fuhr, wie von einem Donnerschlag getroffen, in ihrem Sessel zurück.

„Sie haben mich also erkannt!" sagte sie dann leise, mühsam nach Atem ringend.

„Ich habe es, meine Gnädigste. Und ich kenne meine Pflicht, da ich die Situation vollkommen verstehe. In Ihrem früheren Beruf ist, was schön und umworben ist, nur Freiwild. Der Verleumdung sind Sie damals gewichen; nicht ohne meine Schuld, obwohl Sie selbst wie eine Heilige dastanden. Diese, meine Schuld, will ich nach Kräften abtragen."

„Dr. Römer spürt Ihnen und mir in Wien nach; ich weiß es von seiner Frau."

„Der Schurke! Beruhigen Sie sich, meine Gnädigste, ich werde auf die Vergleichsbedingungen meiner Verwandten eingehen."

„So ist Ihnen ein Vergleich angeboten worden?"

„Vor einer halben Stunde durch einen Brief meiner gnädigsten Schwester. Ich nehme den Vergleich an und dann werde ich mit Dr. Römer abrechnen. Früher traf ich mit der Pistole einen Stecknadelkopf, eine Kröte werde ich auch heute nicht fehlen."

„Wissen Sie, Graf, daß ich in den letzten Wochen fast wahnsinnig vor Angst war. Ahnen Sie, daß ich Lüge auf Lüge häufte, Verstellung auf Verstellung setzte? Ich mußte handeln, als wäre wahr, was die bösen Zungen mir damals nachredeten; wer glaubt mir, dem Freiwild, wenn ich heute beweisen wollte, daß sie damals gelogen haben? Ich danke Ihnen, Graf; Sie nehmen mir eine Last vom Herzen."

„Es wäre besser um mich gewesen, meine Gnädigste, Sie hätten damals standgehalten, und hätten jener rachgierigen Person nicht ganz geglaubt."

„Dies Weib war in seiner Rache falsch wie eine Schlange; die falsche Freundin aber ist's, die ich noch heute fürchte; sie kannte alle meine Geheimnisse, und gelangt erst Dr. Römer an sie, dann bin ich verloren."

„Sie sehen, wohin mich dies Weib gebracht hat. Der dépit ist zum Teufel in mir geworden, der mich mit zweiundvierzig Jahren zur Ruine machte. Das ist nun alles zu spät; ich habe die Kraft, Sie glücklich zu wissen. Eine Gewissensfrage nur, meine Gnädigste: weiß Ihr Gatte, daß Sie Schauspielerin waren?"

„Er weiß es, nur weiß er nicht, daß ich auch in Wien war", antwortete Wally und fügte dann erklärend hinzu: „Er vertraute mir der sozialen Stellung wegen, die mein Vater als Universitätsprofessor einnahm. Und was mich damals veranlaßte, Schauspielerin zu werden, nennt er Fakirdentum, das in jedem Backfisch und Obersekundaner steckt."

„Ein edler Mensch, Ihr Gemahl, den ich neidlos zu den adeligen Männern zähle, als es diejenigen meist sind, denen der Zufall eine mehrzackige Krone in die Wiege legte."

„Ich bin glücklich, Graf", sagte Wally einfach, dann sprang sie auf, um ihren Mann zu begrüßen, der in diesem Augenblick ins Zimmer trat.

Dr. Werner begrüßte den Grafen, dann wandte er sich an seine Frau:

„Ich danke dir, Wally."

„Aber, wer wird sein Frauchen so kurzer Hand entlassen", wehrte der Graf. „Die gnädige Frau stört uns durchaus nicht. Bin nämlich zu einem Vergleich mit meinen Verwandten entschlossen."

Werner zuckte statt aller Antwort bedauernd mit den Achseln.

„Der Vorschlag gefällt Ihnen nicht, kann es mir denken, Herr Doktor. Bin der Hetzerei müde! Uebrigens akzeptabler Vergleich; etwas Verwaltungskontrolle! Stört zwar, doch hoffentlich nicht unerträglich; erträglicher wenigstens, wie der Skandal, aus dem nur Dr. Römer Kapital schlägt."

„Wie Sie befehlen, Herr Graf!" sagte Dr. Werner, dann wandte er sich an seine Frau: „Wally, du könntest uns eine Flasche Wein besorgen. Ich bin dem Herrn Grafen noch eine Revanche schuldig."

Frau Wally eilte aus dem Zimmer.

„Sie sind um Ihre Häuslichkeit zu beneiden, Herr Doktor!" sagte der Graf.

„Ich bin nur glücklich", entgegnete Dr. Werner.

„Nur! An Ihrer Stelle würde ich mit keinem Potentaten tauschen!"

„Man hat auch Sorgen, trotzdem gebe ich Ihnen Recht."

Graf Trenberg zog den Brief seiner Schwester aus der Tasche.

„Hier der Vorschlag, den mir meine Schwester, kühl bis ans Herz hinan, unterbreitet. Wollen Sie ihn zur Grundlage Ihres Vertragsentwurfes machen?"

Dr. Werner überflog den vier Seiten salbungsvollen Brief der adligen Stiftsdame.

„Hm!" meinte er dann. „Aus diesem Schreiben geht allerdings hervor, daß Ihre Familie Ihre gesellschaftliche Bloßstellung nicht wollte. Dr. Römer scheint da in ganz eigentümlicher Weise auf eigene Faust agiert zu haben."

„Der gute Mann scheint der Sensation zu bedürfen!" sagte der Graf achselzuckend. „Auch ihm kann geholfen werden. Auf den Vorschlag meiner Schwester kann ich, um des lieben Friedens willen, wohl eingehen?"

„Gewiß, Herr Graf, wenn Sie den sensationellen Mäzchen aus dem Wege gehen wollen, auf die es mein ausgezeichneter Herr Kollege ganz allein angelegt zu haben scheint."

„Sehen Sie zu, Herr Rechtsanwalt, daß der Prozeß so schnell wie möglich niedergeschlagen wird. Handeln Sie ganz nach Ihrem Ermessen." (Fortsetzung folgt.)